

Anfragen zum Plenum in der 24. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

Benjamin Adjei
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

In Bezugnahme auf die Anfrage zum Plenum des Abgeordneten Toni Schuberl vom 12.05.2022 (Drs. 18/22770) frage ich die Staatsregierung, welche Pläne es mittlerweile gibt, die Regionalpläne Donau-Wald und Landshut hinsichtlich der Ausweitung der für Windkraft besonders geeigneten Vorranggebiete zu überarbeiten (ggf. bitte Stand der Überarbeitung aufzeigen), welche Pläne es zur Errichtung von Windkraftanlagen auf staatlichen Flächen in Niederbayern, insbesondere auf Flächen der Staatsforsten, gibt und wie weit diese Pläne jeweils fortgeschritten sind.

Horst Arnold
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Vorkehrungen und Dispositionen traf oder trifft sie für den Luftverkehr während der NATO-Übung Air Defender, die am 12.06.2023 beginnt, insbesondere bezüglich eventueller Luftraumsperrungen, Beeinträchtigungen des zivilen Luftfahrtverkehrs und eventuellen Bürgerbeschwerden-Management?

Inge Aures
(SPD)

Nachdem in einer Regierungserklärung zum Klimaschutz am 21.07.2022 der Ministerpräsident Dr. Markus Söder angekündigt hat, den Bediensteten des Freistaates ein Angebot für ein Jobrad zu unterbreiten, frage ich die Staatsregierung, welche Schritte mit welchem Zeithorizont sie geplant hat, um ein solches Angebot im Sommer 2023 zu ermöglichen?

Johannes Becher
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Kommunen haben im Jahr 2023 bereits eine Auszahlung aus den Richtlinien für Zuwendungen für wasserwirtschaftliche Vorhaben (RZWas 2021) erhalten, wie viele Kommunen warten aktuell noch auf eine Auszahlung und um wie viel Geld übersteigen die bewilligten Zuwendungsbescheide die 150 Mio. Euro, die im Haushalt 2023 für die Zuwendungen bereitgestellt wurden?

Franz Bergmüller
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welches Vergabeverfahren wurde/wird der Vergabe des geplanten Windparks im Öttinger Forst zugrundegelegt (bitte genaue Rechtsgrundlage des Verfahrens offenlegen), welche der in dem durch die Staatsforsten zur Auswahl des Investors verwendeten Punkte aus dem der Ausschrei-

bung zugrunde gelegten Punktekatalog stammen von einer der Gemeinden im Landkreis Altötting (bitte – so weit wie es rechtlich zulässig ist – Punktekatalog hierfür offenlegen und als Anlage beifügen, sowie die Beiträge einer jeden Gemeinde kenntlich machen und hierin insbesondere auch die im Punktekatalog definierten Vorgaben für eine spätere Entfernung der Fundamente offenlegen) und wie viele Punkte aus dem abgefragten Katalog hat jeder der sich bewerbenden Investoren erhalten (bitte die Be-punktung für jede der Bewerberfirmen – so weit wie es rechtlich zulässig ist – in all ihren Details offenlegen)?

Cemal Bozoğlu
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund von Medienberichten über die Einstufung der Anastasia-Bewegung als rechtsextremen Verdachtsfall durch das Bundesamt für Verfassungsschutz frage ich die Staatsregierung, welche Erkenntnisse bayerische Sicherheitsbehörden zu Aktivitäten dieser Vereinigung in den letzten zwölf Monaten in Bayern haben, wie hoch die Mitgliederzahl in Bayern ist und ob aufgrund der Einstufung des Bundesamts für Verfassungsschutz eine Beobachtung der Organisation durch das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz geplant ist?

Florian von Brunn
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Haushalte in Bayern heizen Stand heute jeweils mit Öl, Erdgas, Flüssiggas, Holz, Hackschnitzeln, Pellets, Solarthermie bzw. Sonnenenergie, Strom, Erd-Wärmepumpen, Luft-Wärmepumpen, sonstigen Wärmepumpen, Fernwärme und sonstigen, nicht aufgezählten Heizungsformen (bitte getrennt nach Heizmittel bzw. Heizungsart auflisten), wie viele Haushalte in Bayern haben ihre Heizung seit 01.01.2019 jeweils auf Wärmepumpen oder andere klimaneutrale Heizungsformen umgestellt (bitte getrennt nach klimaneutraler Heizungsart auflisten) und welche konkreten Maßnahmen – zum Beispiel Förderung von klimaneutralen Heizungen – hat die Staatsregierung seit 01.01.2019 durchgeführt (unter Nennung aller Details und mit genauer Höhe der dafür vom Freistaat Bayern – ohne Bundesmittel! – aufgebrauchten Haushaltsbeträge)?

Dr. Markus Büchler
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, inwieweit ist die ins Auge gefasste Teilelektrifizierung der Maintalbahn nur bis Miltenberg mit dem Land Baden-Württemberg abgestimmt, welche Auswirkungen hätte eine Teilelektrifizierung der Maintalbahn nur bis Miltenberg auf das Zugangebot auf der Maintalbahn bis Wertheim (Umsteigezwang in Miltenberg, keine durchgehenden Züge Aschaffenburg – Wertheim bzw. Crailsheim), wann ist mit der Teilelektrifizierung der Maintalbahn nur bis Miltenberg zu rechnen?

Kerstin Celina
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Straßenverkehrszählungen (automatische Straßenverkehrszählungen sowie Sonderzählungen) wurden im Landkreis Würzburg in den letzten 15 Jahren durchgeführt, um Verkehrsdaten für den Bau von Umgehungsstraßen zu erhalten (bitte Ergebnisse der Verkehrszählungen auflisten), sind bei wiederkehrenden Straßenverkehrszählungen am selben Standort nach mehreren Jahren die Prognosen bezüglich der Verkehrsentwicklungen eingetreten bzw. überschritten oder unterschritten

worden und inwieweit berücksichtigt die Staatsregierung die abnehmende Lärm- und Luftschadstoffbelastung der Anwohnerinnen und Anwohner durch zunehmende und leisere Elektromobilität an verkehrsreichen Straßen bei der Beurteilung der Notwendigkeit von Umgehungsstraßen?

Dr. Anne Cyron
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch der prozentuelle Anteil und die Anzahl von männlichen und weiblichen Lehrern an Grund-, Mittel-, Förder- und Realschulen sowie Gymnasien im Schuljahr 2022/2023 im Freistaat Bayern ist (bitte aufgelistet jeweils nach Schularten, dabei den einzelnen Regierungsbezirken und in Gänze für den Freistaat)?

Maximilian Deisenhofer
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Sanktionszahlungen hat das Verkehrsunternehmen Go-Ahead aufgrund von Qualitätsmängeln im Augsburger Netz Los 1 seit Betriebsaufnahme im Dezember 2022 geleistet, was waren die jeweiligen Vertragsverstöße und welche Konsequenzen zieht die Staatsregierung aus den Vorfällen rund um den Betreiberwechsel für künftige Ausschreibungen?

Gülseren Demirel
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Familienzusammenführungsanträge wurden nach der Erdbebenkatastrophe in der Türkei bzw. in Syrien in Bayern gestellt, wie viele sind bereits bearbeitet (bitte nach Genehmigungen, Ablehnungen und ausstehende Entscheidungen trennen) und warum wird seitens der Staatsregierung keine Globalzustimmung erteilt, obwohl dies die Prozedur erleichtern würde (wie die Ausländerbehörden mitteilen und die Bundesregierung solch eine Einführung als Aufgabe der Landesregierungen sieht)?

Albert Duin
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele der Geflüchteten aus Eritrea, die seit 2015 in Bayern Reisedokumente für Ausländer beantragt haben, haben diese auch erhalten (bitte jährlich aufschlüsseln), welche Vorgaben für den Umgang mit solchen Anträgen gelten seitens der Staatsregierung an die Ausländerbehörden (bitte entsprechende Rundschreiben o. ä. beifügen) und stellen die Ausländerbehörden Geflüchteten aus Eritrea, die glaubhaft machen, die in der eritreischen Botschaft für die Ausstellung eines Passes geforderte Reueerklärung aus Gewissensgründen nicht unterschreiben zu können, Reisedokumente aus?

Katrin Ebner-Steiner
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Auswirkungen hat der Zugang von Migranten auf die kommunale Versorgung mit Kita-Plätzen, welche Anpassungen unternimmt die Staatsregierung angesichts der Zuwanderung, um die bestehenden Ansprüche auf einen Kita-Platz zu erfüllen und welche Maßnahmen plant die Staatsregierung, um die kommunale Kinderversorgung insgesamt zu verbessern?

Martina Fehlner
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, bis zu welchem Alter ist der Qualifizierende Mittelschulabschluss (Quali) in Bayern möglich?

Matthias Fischbach
(FDP)

Vor dem Hintergrund der Äußerungen des stellvertretenden Ministerpräsidenten, Staatsminister Hubert Aiwanger MdL, am

10.06.2023 in Erding („Jetzt ist der Punkt erreicht, wo die große schweigende Mehrheit sich die Demokratie zurückholen muss und denen in Berlin sagen: ‚Ihr habt ja wohl den Arsch offen da oben.‘ Wir wollen unsere Demokratie zurückholen.“), frage ich die Staatsregierung, inwiefern sie oder ihr Mitglied Staatsminister Hubert Aiwanger in Bayern bzw. der Bundesrepublik Deutschland den angedeuteten Demokratieverlust zu erkennen vermag (bitte Äußerung zu „Demokratie zurückholen“ erläutern sowie auf Zeitraum und Ursachen des angedeuteten Demokratiedefizits eingehen), in welcher Art Staatsminister Hubert Aiwanger für die in Erding gehaltene Rede Zuarbeit der Staatsregierung bzw. aus dem Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie erhalten hat und ob die Staatsregierung sich von den oben zitierten Äußerungen ihres stellvertretenden Ministerpräsidenten distanziert und Konsequenzen zieht?

Anne Franke
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, sind die in der Beantwortung meiner Anfrage zum Plenum vom 12.10.2022 (Drs. 18/24574) genannten Daten vom Bundesamt für Statistik zu den Flugbewegungen am Sonderflughafen Oberpfaffenhofen, die keinerlei Informationen über die von mir angefragten Flugbewegungen in den Jahren 2021 und 2022 enthalten, die einzige Quelle, die dem Luftamt Südbayern zur Kontrolle der Flugbewegungen am Sonderflughafen bereitstehen, wo können die gemäß der Berichtspflicht zuletzt vom Inhaber bzw. Betreiber des Sonderflughafens an das Bundesamt für Statistik übermittelten Daten zu Flugbewegungen im qualifizierten Geschäftsreiseflugverkehr eingesehen werden und wurden die laut Medienberichten von der Nichtregierungsorganisation CE Delft ermittelten Privatflüge unter anderem zwischen Oberpfaffenhofen und dem Münchner Flughafen Franz Josef Strauß (über 100 durchgeführte Privatflüge im Jahr 2022) sowie die von der Firma Travelcoup Schweiz AG im Internet angebotenen illegalen Privatflüge mittlerweile eingestellt?

Patrick Friedl
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Angesichts der infolge der Abschaffung von Studiengebühren im Jahr 2013 von der Staatsregierung beschlossenen Übernahme der ausfallenden Studiengebühren durch den Freistaat frage ich die Staatsregierung, welche Hochschulen für Angewandte Wissenschaften in Bayern haben zum damaligen Zeitpunkt keine Studiengebühren erhoben und infolgedessen bis heute keinen entsprechenden Finanzierungs-Ausgleich erhalten (sind also „leer ausgegangen“), wie hoch war im bayerischen Durchschnitt bzw. konkret der Ersatz für die 2013 weg gefallenen Studiengebühren an den bayerischen Hochschulen für Angewandte Wissenschaften (bitte aufgeschlüsselt nach Hochschule, Jahr und Ausgleich pro Studierenden sowie Ausgleich in Summe je Hochschule) und welche Summe hätten die „leer ausgegangen“ Hochschulen seit 2013 erhalten, wenn sie im Durchschnitt pro Studierenden wie die übrigen Hochschulen für Angewandte Wissenschaften einen Finanzierungs-Anteil bekommen hätten (bitte aufgeschlüsselt nach Hochschule, Jahr und Ausgleich pro Studierenden und Ausgleich in Summe je Hochschule)?

Thomas Gehring
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Da es nach Bekanntwerden der Schwangerschaft einer Lehrerin es Aufgabe der Schulleitungen ist, die Einsatzfähigkeit der jeweiligen Lehrerin in Abhängigkeit der Rahmenbedingungen am Arbeitsplatz und nach ärztlicher Rücksprache selbst zu beurteilen, frage ich die Staatsregierung, aus welchen Gründen hat sie sich trotz Abschaffung aller Corona-Maßnahmen nicht für die ursprüngliche Vor-Corona-Regelung (keine Freistellung vom Unterricht bis zum Beginn des Mutterschutzes außer es liegt ein ärztliches Attest vor) entschieden, wie vielen schwangeren Lehrerinnen (in absoluten Zahlen und prozentual) wurde seit 04.10.2022 (Aufhebung des Betretungsverbot und Einführung der neuen Regelung) eine Betretung der Schule schon vor Eintritt des Mutterschutzes nicht(!) mehr empfohlen und wann plant die Regierung, wieder zur Vor-Corona-Vorgehensweise überzugehen?

Martin Hagen
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, vor welchem Hintergrund sich der Freistaat nicht wie andere Bundesländer an der Stiftung Härtefallfonds (Stiftung zur Abmilderung von Härtefällen aus der Ost-West-Rentenüberleitung, für jüdische Kontingentflüchtlinge und Spätaussiedler) beteiligt, welche Auswirkungen dies auf die in Bayern lebenden jüdischen Kontingentflüchtlinge und Spätaussiedler hat und inwiefern die Staatsregierung plant, die Berechtigten anderweitig zu kompensieren?

Prof. Dr. Ingo Hahn
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Archivdaten der Wetterstation Hohenpeißenberg wurden zu einem bestimmten Zeitpunkt nachträglich geändert (bitte um Ausführung des Sachverhaltes), wie lange wurden anfangs trotz Kenntnis des Sachverhaltes weiter Originaldaten publiziert, bevor nachträglich Änderungen vorgenommen wurden und gab es weitere Wetterstationen in Bayern, bei denen aufgrund dieses oder ähnlicher Sachverhalte, nachträglich Änderungen vorgenommen wurden?

Christina Haubrich
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie bewertet sie die Belastung der Innenraumluft mit E-Zigarettenaerosol, inwiefern bewertet sie die Einbindung von der Nutzung von E-Zigaretten in die Nichtraucherschutzgesetze sowie in die Arbeitsstättenverordnung und was tut die Staatsregierung für den Jugendschutz in Verbindung mit Nutzung von E-Zigaretten?

Elmar Hayn
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche konkreten Kritikpunkte hat sie an dem Entwurf zum Gebäudeenergiegesetz, welche alternativen Lösungen werden zu jedem einzelnen Kritikpunkt vorgeschlagen und welche Zeitschiene sollte aus Sicht der Staatsregierung anvisiert werden?

Uli Henkel
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie schätzt die sie die Draglesung am 13.06.2023 „Wir lesen euch die Welt, wie sie euch gefällt“ durch Eric BigClit (die Frau arbeitet nach eigenen Aussagen als „Post-Pornografie Darsteller*in“ und nennt sich auch „Mushido“) in der Stadtbibliothek Bogenhausen unter den Aspekten des Jugendschutzes ein, wie steht die Staatsregierung zur Altersempfehlung der Stadtbibliothek, die die Veranstaltung für Kinder ab 4 (!)

Jahren freigibt und sieht die Staatsregierung bei Veranstaltungen, die von einer „Post-Pornografie Darsteller*in“ für Kleinkinder angeboten werden, im Hinblick auf Art. 110 Bayerische Verfassung, wonach die „Bekämpfung von Schmutz und Schund Aufgabe des Staates und der Gemeinden“ ist, Handlungsbedarf?

Dr. Wolfgang Heubisch
(FDP)

Angesichts der jüngsten Äußerungen des stellvertretenden Ministerpräsidenten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER) bei der Demonstration am 10.06.2023 auf dem Erdinger Volksfestplatz, bei der er die Aussage tätigte: „Jetzt ist der Punkt erreicht, wo die große schweigende Mehrheit sich die Demokratie zurückholen muss und denen in Berlin sagen: ‚Ihr habt ja wohl den Arsch offen da oben.‘ Wir wollen unsere Demokratie zurückholen.“ (Quelle: BR24), frage ich die Staatsregierung, inwieweit sie diese Aussage des stellvertretenden Ministerpräsidenten Hubert Aiwanger teilt, ob es sich aus Sicht der Staatsregierung für den Stellvertreter von Ministerpräsident Dr. Markus Söder ziemt, derartige Aussagen in der Öffentlichkeit zu tätigen und inwieweit hierdurch die Regierungsarbeit beeinträchtigt wird.

Dr. Helmut Kaltenhauser
(FDP)

Bezugnehmend auf die Antwort auf die Schriftliche Anfrage „Umgang mit abgelaufenen Corona-Schutzmasken“ der Abgeordneten Dr. Helmut Kaltenhauser und Dr. Dominik Spitzer (Drs. 18/28870) frage die Staatsregierung, um welches beauftragte Entsorgungsunternehmen es sich handelt, das dort in der Antwort auf die Fragen 1.1 bis 1.3 erwähnt wird, welche zwei Unternehmen einen Auftrag für die Beschaffung und Verteilung von 14 Mio. OP-Masken zur Versorgung des Personals an staatlichen Schulen und privaten Förderschulen für den Zeitraum nach den Frühjahrsferien 2022 bis zum Ende des damals laufenden Schuljahres (31.07.2022) erhalten haben (vgl. ebd. Antwort zu Frage 2.2) und welche konkreten Inhalte diese beiden Aufträge enthielten?

Annette Karl
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, mit welchem finanziellem Volumen hat sich die Bayern Kapital GmbH als 100-prozentige Tochter der LfA Förderbank Bayern an fos4X beteiligt, in welcher Form war die Bayern Kapital GmbH in den Entscheidungsprozess des Verkaufs der fos4X an das dänische Unternehmen PolyTech eingebunden und was hat die Staatsregierung bisher unternommen, um den Standort und die Arbeitsplätze in München-Sendling zu erhalten?

Paul Knoblach
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes der Staatsregierung zur Änderung des Gesetzes über den gesundheitlichen Verbraucherschutz und das Veterinärwesen und weiterer Rechtsvorschriften (Drs. 18/26955) frage ich die Staatsregierung, wie plant die Staatsregierung den Ausgleich der Mindereinnahmen von Landkreisen und kreisfreien Gemeinden durch den Wegfall des Prinzips der kostendeckenden Gebührenerhebung für amtliche Kontrollen in Schlachthöfen nach 2024 zu gestalten (bitte auch Höhe des Ausgleichs angeben), wann genau wird die geplante Evaluierung beginnen, bei welcher die Höhe Beträge geprüft werden sollen und plant die Staatsregierung auch Wildverarbeitungsbetriebe

zu berücksichtigen?

Claudia Köhler
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Nachdem die Staatsregierung mit dem Bericht aus dem Kabinett vom 21.07.2020 angekündigt hatte, bereits beschaffte CT-Geräte in den Grundstock des bayerischen Pandemielagers aufzunehmen, frage ich die Staatsregierung wie viele CT-Geräte im Jahr 2020 für das Pandemiezentralager vorgesehen waren, wie viele CT-Geräte eigens für das Pandemielager beschafft wurden oder werden und wie viele der 34 für bayerische Kliniken zu Beginn der Corona-Pandemie angeschafften CT-Geräte (siehe Antwort der Staatsregierung auf die Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Claudia Köhler (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) vom 31.03.2023 „CT-Hochleistungsscanner für Krankenhäuser in Bayern“, Drs. 18/28377) ins Pandemielager überführt werden sollen?

Sebastian Körber
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie der aktuelle Status quo bezüglich der Vermietungen der Gewerbeflächen der Objekte München-Hansastraße und München-Candid-/Salierstraße ist (bitte unter Angabe aller Gewerbeflächen, die noch unvermietet sind), zu welchem Mietzins die Gewerbeflächen pro Quadratmeter ggf. vermietet wurden (bitte um Angabe je Projekt mit Angabe des Vermietungszeitpunkts) und zu welchem Ergebnis die Untersuchungen zu möglichen Optimierungen der Zusammenarbeit bzw. Zusammenführung der drei staatlichen Wohnungsbaugesellschaften gekommen ist (vgl. Schriftliche Anfrage Sebastian Körber vom 18.05.2021 betreffend „Staatliche Wohnungsbaugesellschaften“, Drs. 18/16372)?

Sanne Kurz
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, bei welchen öffentlichen Veranstaltungen, bei denen die Polizei mit Beiträgen vor Publikum z. B. zur Kriminalstatistik referiert, wird von der Polizei ihren Beitrag begleitend Gebärdensprachübersetzung eingesetzt (bitte keine Gesamtaufzählung sondern Angabe von konkreten Beispielen sowie Entscheidungskriterien für / gegen Übersetzung in Gebärdensprache sowie – falls nicht bekannt geschätzte – benötigte Häufigkeit der benötigten Übersetzungen pro Jahr), aus welchen Mitteln kann die Polizei die Übersetzung eigener Beiträge bei öffentlichen Veranstaltungen in Gebärdensprache finanzieren (lassen) und warum wurde auf der Bürgerversammlung in München-Perlach am 10.05.2023 von der Polizei im Gegensatz zur Landeshauptstadt München, die zur Versammlung Gebärdendolmetscherinnen für die kommunalen Programmteile dabei hatte, auf Gebärdensprachübersetzung verzichtet?

Stefan Löw
(AfD)

Vor dem Hintergrund, dass am 21.04.2023 in Weiden i. d. OPf. in der Prinz-Ludwig-Straße ein Polizeieinsatz beobachtet wurden, bei dem die Polizisten aufgrund der Eigensicherung zur Dienstwaffe greifen mussten, frage ich die Staatsregierung, welche Informationen liegen der Staatsregierung zu diesem Einsatz vor, kann die Frage aufgrund datenschutzrechtlicher Bedenken nicht beantwortet werden, frage ich, welche konkreten Daten betrifft dies und welche datenschutzrechtlichen Regelungen sprachen im Jahr 2023 gegen die Beantwortung der Anfragen von Abgeordne-

ten zu Polizeieinsätzen (bitte die Regelungen zitieren)?

Roland Magerl
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, ob sie Kenntnis davon hat, wie weit die Ermittlungsverfahren auf Abrechnungsbetrug bei den Corona-Tests aktuell sind, wie hoch die Staatsregierung in Bayern die enorme Summe einschätzt, die durch den Abrechnungsbetrug mit den Corona-Tests entstanden ist und wie viel Geld wurde in Bayern für die Zentren für Corona-Tests insgesamt ausgegeben?

Christoph Maier
(AfD)

Vor dem Hintergrund des Auftretens des Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder sowie des stellvertretenden Ministerpräsidenten Hubert Aiwanger bei einer Kundgebung gegen das geplante Heizungsgesetz der Bundesregierung am 10.06.2023 in Erding frage ich die Staatsregierung, ob Dr. Markus Söder und Hubert Aiwanger dort als Ministerpräsident bzw. stellvertretender Ministerpräsident eingeladen und gesprochen haben, wie die Staatsregierung Dr. Markus Söders gesellschaftsspaltenden Zuruf zu den demonstrierenden Bürgern „Haut doch selber ab!“ wertet und inwiefern Personen bzw. Gruppierungen an der besagten Kundgebung beteiligt waren, die die Staatsregierung als „extremistisch“ bewertet?

Ferdinand Mang
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Aufträge für Moderationen hat der Freistaat Bayern an Journalisten in dieser Legislatur vergeben, wie oft haben Journalisten, die bei einer öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt angestellt sind, im Auftrag des Freistaates eine Moderation in dieser Legislatur geleitet und wie hoch sind die Gesamtausgaben für Aufträge für Moderationen an Journalisten in dieser Legislatur?

Gerd Mannes
(AfD)

Da aus der Begründung des „Gesetzentwurfes der Bayerischen Staatsregierung zur Änderung des Gesetzes über die Zuständigkeiten zum Vollzug wirtschaftsrechtlicher Vorschriften“ (Drs. 18/28528) hervorgeht, dass die IHK München und Oberbayern mit bis zu 200.000 Rückforderungsbescheiden von bereits geleisteten Corona-Hilfen des Freistaates und Bundes rechnen, frage ich die Staatsregierung, wie hoch ist die erwartete (nicht die bereits zurückgezahlte) Gesamtzahl und Gesamtsumme (in Euro) der Rückforderungsbescheide der IHK München und Oberbayern von bereits ausgezahlten Corona-Hilfen des Freistaates und des Bundes bis zum 31.12.2026, wie hoch ist die erwartete (nicht die bereits vollstreckte) Gesamtzahl und Gesamtsumme (in Euro) der Vollstreckungen der Rückforderungsbescheide der IHK München und Oberbayern von bereits ausgezahlten Corona-Hilfen des Freistaates und des Bundes bis zum 31.12.2029 und wie hoch ist die erwartete (nicht die bereits erlassene) Gesamtzahl und Gesamtsumme (in Euro) der Erlassung der Rückforderungen der IHK München und Oberbayern von bereits ausgezahlten Corona-Hilfen des Freistaates und des Bundes bis zum 31.12.2029?

Hep Monatzeder
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche weiteren Informationen liegen ihr zu den im letzten Absatz der Antwort auf Frage 2 im Bericht des Staatsministeriums der Justiz vom 17.05.2023 zum An-

trag „Strafverfolgung von Missbrauchsfällen in der katholischen Kirche“ genannten 2 Fällen in Bezug auf Tat, den konkreten Ort und Geschädigte vor, was genau war der Tatvorwurf bei dem im Absatz 3 genannten Kleriker, der im Jahr 2018 verstorben ist und welche Erkenntnisse haben die weiteren Ermittlungen im Jahr 2023 bezüglich des 2018 verstorbenen Klerikers und der kirchlichen Verantwortungsträger gebracht?

Alexander Muthmann
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, inwiefern es zutreffend ist, dass am Finanzamt München eingehende E-Mails regelhaft ausgedruckt werden (bitte – falls zutreffend – unter Darstellung der Gründe und Fallkonstellationen, in denen dies passiert), welche Erkenntnisse der Staatsregierung vorliegen, dass diese Analogisierung auch an den anderen Finanzämtern Bayerns durchgeführt wird und ab wann solche Vorgänge durch eine Digitalisierung der Aktenführung aus Sicht der Staatsregierung vollständig überflüssig gemacht werden können?

Verena Osgyan
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine Stand und Perspektive des LL.M.-Studiengangs „Deutsches und Russisches Recht“ an der Universität Passau sind, wie der Studiengang ausgestattet ist (bitte differenzieren nach Personal- und Finanzmitteln und ggf. Sachausstattung) und wie sich das Verhältnis Studierender zu personeller Ausstattung (in absoluten und relativen Zahlen) darstellt?

Tim Pargent
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund der Medienberichterstattung zum geplanten Bau mehrerer Überholstrecken zwischen 750 und 2 700 Metern Länge auf der B303 zwischen Himmelkron und Schirnding frage ich die Staatsregierung, wann mit dem Beginn der Planfeststellungsverfahren zu rechnen ist (bitte nach einzelnen Bauabschnitten aufschlüsseln), inwiefern weitere Maßnahmen der Öffentlichkeitsinformation und -beteiligung durch das Staatliche Bauamt oder die Staatsregierung geplant sind, mit welchen Kosten (bitte nach Bauabschnitten aufschlüsseln) für diesen Ausbau zu rechnen ist?

Franz Josef Pschierer
(FDP)

Nachdem die Staatsregierung im Rahmen der BayBO-Novellierung (BayBO = Bayerische Bauordnung) eine Sonderregelung des Abstandsflächenrechts (vgl. Art. 6 Abs. 5a) eingeführt hat, welche besagt, dass in Städten mit mehr als 250 000 Einwohnerinnen und Einwohnern die Abstandsfläche 1 H beträgt, frage ich die Staatsregierung, wie die Genese zur Einführung dieser Sonderregelung war, welche Gründe es gibt, die eine solche Sonderregelung rechtfertigt und welche wissenschaftliche Grundlage es für die Grenze von 250 000 Einwohnerinnen und Einwohnern gibt (bitte um Angabe unter Bezugnahme zu einer möglichen Abgrenzung bei 200 000 oder 300 000 Einwohnerinnen und Einwohnern)?

Doris Rauscher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie sieht sie die Kommunen und die Träger im Rahmen der aktuellen Herausforderungen in der Kindertagesbetreuung, insbesondere unter der großen Problematik

des Fachkräftemangels konkret in der Verantwortung, welche Rolle schreibt die Staatsregierung sich hierbei selbst zu und welche Maßnahmen auf Landesebene, die über das derzeit initiierte Weiterbildungskonzept hinausgehen, hält sie für erforderlich?

Markus Rinderspacher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, seit wann ist der Fahrstuhl am S-Bahnhof Gronsdorf nicht mehr voll funktionstüchtig, bis wann ist die Barrierefreiheit wiederhergestellt, welche Ausweichmöglichkeiten empfiehlt die Staatsregierung mobilitätseingeschränkten Personen?

Julika Sandt
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, gibt es in Bayern sogenannte Brennpunktschulen (bitte aufschlüsseln nach den in der Antwort auf die Schriftliche Anfrage „Datenbasierte Schulentwicklung zur Verbesserung der Bildungschancen in Bayern“ – Drs. 18/16602 – genannten Variablen aus Frage 6.1, nach Regierungsbezirk und Schulart), in welchem Ausmaß der Bildungserfolg in zentral erfassten Test- und Prüfungsergebnissen der Schülerinnen und Schüler dieser Schulen davon beeinflusst ist und welche Maßnahmen sie unabhängig der aktuellen Planungen des Bundes zum Startchancenprogramm ergriffen hat, um auf Chancengerechtigkeit in Bezug auf den sozialen Hintergrund von Schülerinnen und Schülern im Rahmen der Schulfinanzierung hinzuwirken (bitte aufschlüsseln nach einzelnen Maßnahmen, deren Erfolgsnachweise sowie die Schlussfolgerungen für eine sozialindexorientierte Schulfinanzierung in Bayern)?

Jan Schiffers
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, sind in Bayern groß angelegte Kontrollen auf Messer und verbotene Gegenstände geplant, ähnlich den landesweit angelegten Kontrollaktionen in Nordrhein-Westfalen am vergangenen Wochenende, wie effizient stuft die Staatsregierung solche Großkontrollen ein, um Messerangriffe nach Möglichkeit zu verhindern oder zumindest zu vermindern und wie steht die Staatsregierung zu einem allgemeinen und gesetzlich geregeltem Mitführverbot von Messern (wobei für Jäger, Veranstaltungen in Verbindung mit Brauchtum und andere Ausnahmen entsprechende Regelungen erarbeitet werden müssten)?

Toni Schuberl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, in wie vielen Fällen konnten die von der Staatsanwaltschaft im Rahmen des Missbrauchsskandals bei der katholischen Kirche angeforderten Akten nicht herausgegeben werden, weil sie sich auf Grund des Dekrets De delictis gravioribus bereits in Rom befanden, in wie vielen Fällen wurden diese Akten auf Anfrage der Staatsanwaltschaft aus Rom beschafft und in wie vielen Fällen wurde Herausgabe letztendlich verweigert (bitte jeweiligen Grund für die Verweigerung wie Vernichtung der Akten inkl. Angabe ob der betroffene Priester zum Zeitpunkt der Aktenanforderung noch am Leben war, Weigerung Roms zur Herausgabe, weitere rechtliche Gründe angeben)?

Stephanie Schuhknecht
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum Bericht der Augsburger Allgemeinen, dass der Straßentunnel unter dem Augsburger Hauptbahnhof nicht vor 2024 in Betrieb genommen wird, frage ich die Staatsregierung, liegen der

Katharina Schulze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Staatsregierung Details zum Zeitplan der Eröffnung vor, hat die Staatsregierung Erkenntnisse dazu, ob und inwieweit die eingetretenen Verzögerungen im Bereich von Landesbehörden liegen und wie beurteilt die Staatsregierung das dauerhafte Offenhalten des sogenannten Posttunnels?
Gisela Sengl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Ich frage die Staatsregierung, welche Erkenntnisse (bitte unter Nennung der Organisation und Anzahl der Personen vor Ort) hat sie über die Teilnahme von Gruppen und Personen, die durch das Landesamt für Verfassungsschutz beobachtet oder als Verdachtsfall eingestuft werden, an der Demonstration, die am 10.06.2023 in Erding unter dem Motto „Stoppt die Heizungsideologie“ stattfand, wie bewertet sie insgesamt die Demonstration in Bezug auf die Teilnahme von Rechtsextremisten und Personen aus dem Spektrum der verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates und wie bewertet die Staatsregierung den Einfluss von verschwörungstheoretischen Portalen wie z. B. „AUF1“, welche bei der Demonstration vertreten waren und u. a. den stellvertretenden Ministerpräsidenten Hubert Aiwanger interviewten, auf die Demokratie und den demokratischen Diskurs im Freistaat?
Florian Siekmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Ich frage die Staatsregierung, wie viele Wasserkraftwerke in Bayern haben im Rahmen des „Förderprogramm Wasserkraftanlagen“ einen Antrag auf Förderung zur Modernisierung gestellt und wie viele davon befinden sich in den Landkreisen Traunstein und Berchtesgadener Land?
Ulrich Singer (AfD)	Ich frage die Staatsregierung mit Bezug auf die Pressemitteilung des Finanzministeriums zur Sonderkommission Schwerer Steuerbetrug (SKS) vom 05.05.2023, wie viel des Mehrergebnisses von 1,7 Mrd. Euro konnte tatsächlich vereinnahmt werden, werden als Spezialistinnen und Spezialisten in der SKS auch Steuerfahnderinnen und Steuerfahnder unmittelbar nach der Ausbildung eingesetzt und wie viele der nun über 200 dort tätigen Personen haben tatsächlich Seminare an der Bundesfinanzakademie durchlaufen?
Christoph Skutella (FDP)	Ich frage die Staatsregierung, wie viele Jugendliche in Bayern gelten derzeit als sozial benachteiligt (bitte auch Entwicklung dieser Zahlen in den letzten fünf Jahren aufzeigen), wie viele dieser Jugendlichen erhalten aktuell Unterstützung durch staatliche Programme (bitte auch auf Effektivität dieser Programme eingehen) welche konkreten Maßnahmen werden ergriffen, um die Bildungs- und Berufschancen dieser Jugendlichen zu verbessern?
Dr. Dominik Spitzer	Vor dem Hintergrund der zunehmenden Diebstähle von Altfett, welches zur Herstellung von HVO100-Diesel vorgesehen war und mutmaßlich durch organisierte Gruppen durchgeführt werden, frage ich die Staatsregierung, ob ihr konkrete Zahlen zu Altfett-Diebstählen in Bayern vorliegen, ob die Behörden die zunehmenden Delikte wahr- und ernstnehmen und ob sie die Verfolgung dieser Straftaten durch Schwerpunktstaatsanwaltschaften begrüßen bzw. unterstützen würde?
Dr. Dominik Spitzer	Da die Gesundheitsministerien der Landesregierungen von Nord-

- (FDP) rhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Bayern ein Rechtsgutachten zur Verfassungskonformität der Reform der Krankenhausplanung in Auftrag gegeben haben, frage ich die Staatsregierung, wie hoch waren die Kosten für das beauftragte Rechtsgutachten, nach welchen Kriterien erfolgte die Auswahl des Gutachters und welche weiteren Gutachters sind in Erwägung gezogen für die Erstellung des Gutachtens?
- Diana Stachowitz**
(SPD) Ich frage die Staatsregierung, wie haben sich die Anträge auf Dienstunfähigkeit von Lehrkräften in Förderschulen, Grundschulen, Mittelschulen, Realschulen und Gymnasien seit 2013, aufgliedert nach Schularten und Jahren, entwickelt?
- Rosi Steinberger**
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ich frage die Staatsregierung, wie viele Kilometer Radwege an Staatsstraßen gibt es bereits in Niederbayern und wie lauten die Pläne die Staatsregierung bis 2030 in Zug des neuen Radgesetzes für Niederbayern?
- Dr. Simone Strohmayer**
(SPD) Da Bayern nur einen geringen Teil der Gelder aus dem Investitionsprogramm zum beschleunigten Ganztagsausbau (2020 bis 2022) abgerufen hat, frage ich die Staatsregierung, wie viele Mittel an den Bund zurückgezahlt werden müssen oder mussten und wie viele davon im Zuge der sogenannten Basismittel wieder nach Bayern zurückfließen und wie viele Gelder wiederum durch die Verteilung über den Königsteiner Schlüssel dem Freistaat verloren gehen?
- Martin Stümpfig**
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ich frage die Staatsregierung, ist die rechtliche Stellungnahme der Kanzlei „Graf von Westphalen“, auf deren Grundlage die Staatsforsten die Beteiligung der Kommunen an Windkraftprojekten in den Staatsforsten auf maximal 24,9 Prozent begrenzt, öffentlich einsehbar, können Kommunen demzufolge in der ersten Stufe des zweistufigen Verfahrens nur eine Bürgerbeteiligung von maximal 24,9 Prozent verbindlich einfordern und würde das bezuschlagte Unternehmen bei einer Bürgerbeteiligung von nur einem 1 Prozent an den Windprojekten gegen die Projektvereinbarungen verstoßen, da von Seiten der Kommunen Altötting, Burgkirchen und Neuötting nur sehr allgemeine Vorgaben zur Bürgerbeteiligung gemacht wurden?
- Arif Taşdelen**
(SPD) Da es am 06.06.2023 in der Süddeutschen Zeitung eine achtseitige Anzeigensonderveröffentlichung gab (u. a. mit den Überschriften „Vielfalt im öffentlichen Dienst“ und „Goldene Zeiten für Fach- und Führungskräfte“), frage ich die Staatsregierung, welche Zielsetzung und Konzeption liegen der Anzeigensonderveröffentlichung zu Grunde, welche Staatsministerien und staatliche Stellen, kommunalen Spitzenverbände und Kommunen, Gewerkschaften und Verbände sowie weitere Körperschaften, Einrichtungen und Organisationen des öffentlichen Dienstes waren bei Zielsetzung, Konzeption und Umsetzung eingebunden und wie hoch sind die Gesamtkosten der Anzeigensonderveröffentlichung (bitte mit der Angabe der jeweiligen anteiligen Kostenübernahme durch die Beteiligten)?

Gabriele Triebel
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Da sich der DB-Konzernbeauftragte Herr Josel beim letzten DB-Forum zum 4-gleisigen Ausbau der S4-West dahingehend geäußert hat, dass die DB auf die Beauftragung der geänderten Planung (statt drei vier Gleise, Ausbau statt bis Eichenau bis Fürstenfeldbruck) durch die Staatsregierung immer noch wartet, frage ich die Staatsregierung, warum ist diese Beauftragung an die DB – zumindest für Vorplanungen – noch nicht erfolgt, obwohl diese bereits in der Antwort auf die Schriftliche Anfrage auf Drs. 18/29165 S4-West vom 23.05.20023 angekündigt ist, bis wann gedenkt die Staatsregierung die DB mit diesen Vorplanungen zu beauftragen und bezieht sich die Vorplanungen ausschließlich auf die 4-Gleisigkeit bis Fürstenfeldbruck?

Ruth Waldmann
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung: teilt sie die am 10.06.2023 bei einer öffentlichen Kundgebung in Erding (im Beisein des Ministerpräsidenten) geäußerte Einschätzung des stellvertretenden Ministerpräsidenten, dass „jetzt der Punkt erreicht ist, wo sich die große schweigende Mehrheit die Demokratie wieder zurückholen muss“, gibt es innerhalb der Staatsregierung Zweifel daran, dass die Bundesregierung durch demokratische Wahlen legitimiert ist bzw. dass in Deutschland Demokratie herrscht, und wie bewertet die Staatsregierung diese Äußerung?

Margit Wild
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Änderungen gab es bei den Teilzeitarten/Beurlaubungen Antragsteilzeit (Art. 88 Abs. 1 Nr. 1 Bayerisches Beamtenengesetz – BayBG), familienpolitische Teilzeit (Art. 89 Abs. 1 Nr. 1 BayBG) und Teilzeit in Elternzeit (Art. 89 Abs. 1 Nr. 2 BayBG) seit 2013 und wie hat sich die Inanspruchnahme dieser Teilzeitarten seither entwickelt?

Christian Zwanziger
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Wartezeiten müssen Kinder und Jugendliche, die auf eine Behandlung einer (drohenden) psychischen Erkrankung angewiesen sind und sich daher auf der Warteliste der Kinder- und Jugendabteilung für Psychische Gesundheit der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (FAU) eintragen lassen, aktuell auf sich nehmen (bitte aufgliedern nach stationärer, teilstationärer und ambulanter Therapie, nach Einzel- und nach Gruppenangeboten und nach räumlichem Einzugsgebiet), an welchem konkreten Datum (in Aussicht gestellt ist aktuell der Sommer 2023) wird die im Bau befindliche dritte Station der Kinderpsychiatrie der FAU eröffnet, in Betrieb genommen und uneingeschränkt bereit für Belegung (d. h. ohne Einschränkungen der geplanten Therapieplätze z. B. durch fehlendes Personal) und wie bewertet die Staatsregierung die aktuell vorhandene Versorgung von Kindern und Jugendlichen mit (drohenden) psychischen Erkrankungen in Mittelfranken (Einzugsgebiet der Kinder- und Jugendabteilung für Psychische Gesundheit der FAU) angesichts der Wartezeiten auf die dringend benötigte therapeutische Hilfe?